



regiolinks be

Mitgliederzeitung für Stadt und Region Bern
135 April 2013

DAS NEUE CO-PRÄSIDIUM DER SP STADT BERN STELLT SEINE ZIELE VOR

Den preisgünstigen Wohnungsbau fördern und die regionale Zusammenarbeit stärken

Am 11. Februar wurden wir von den Delegierten der SP Stadt Bern als neues Co-Präsidium gewählt. Wir freuen uns, diese Aufgabe zusammen mit allen Gremien und Mitgliedern der Stadtpartei mit Elan und Effort anzupacken.

Eigentlich könnte die Ausgangslage für eine Stabsübergabe idealer nicht sein. Um einige Aspekte herauszugreifen: Die SP konnte bei den letzten Gemeindewahlen im November 2012 um fast 3 Prozent zulegen, die Sektionen sind fit, wir verfügen über viele Personen, die sich bereit erklären, sich für Ämter oder Aufgaben zu engagieren, und die Finanzen der Partei sind gesund. Unsere Gemeinderäte wurden mit Bravour gewählt und die Fraktion ist optimal aufgestellt. Dies alles ist unter anderem auch unserer Vorgängerin, Flavia Wasserfallen, und unserem Vorgänger, Thomas Göttin, zu verdanken.

Trotzdem werden wir in den nächsten Jahren ein paar harte Brocken anzupacken haben. So zwingt uns die Finanzlage der Stadt Bern, mitverursacht durch finanzpolitisch schwer verständliche Entscheide im Kanton, zu weiteren Sparmassnahmen. Diese werden wohl für einige schmerzhaft sein. Für uns ist klar, dass das möglichst sozialverträglich geschehen soll. Und die Frage darf gestellt werden, ob im Ausnahmefall nicht auch mal über ein, zwei Jahre ein Defizit in Kauf genommen werden soll – damit wichtige Impulse für die zukünftige Entwicklung gesetzt werden können.

Ein grosses Anliegen ist uns, dass die SP sicht- und wahrnehmbare Akzente in der Berner Politik setzt. Zwei Schwerpunkte möchten wir dabei herausgreifen: Erstens muss Bern in nächster Zeit weiter den Wohnungsbau fördern – noch immer besteht grosser Bedarf nach mehr Wohnraum. Der Fokus soll dabei auf die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gelegt werden und es ist uns wichtig, dass sich auch Familien Wohnungen in der Stadt leisten können. Wir werden auch nicht um die Diskussion herumkommen, welche heute noch nicht bebauten Flächen genutzt werden könnten oder wo noch verdichtet werden kann, ohne grosse Einbussen an Lebensqualität in Kauf nehmen zu müssen.

Zweitens wird uns die Frage, wo die Stadt beginnt und wo sie aufhört, in den nächsten Jahren noch stärker beschäftigen. Wir sind der Überzeugung, dass eine starke Stadt Bern nur mit intensiver Zusammenarbeit mit den

«Wir sind der Überzeugung, dass eine starke Stadt Bern nur mit intensiver Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden möglich ist.»

Nachbargemeinden möglich ist. Verschiedene Projekte, die in nächster Zeit anstehen, wie das Tram Region Bern oder eine neue Schwimhalle, zeigen diese Notwendigkeit deutlich auf.

Hier wollen wir den Austausch unserer Partei mit EntscheidungsträgerInnen der Nachbargemeinden weiter verstärken.

Uns ist auch die Zusammenarbeit und Koordination auf allen Ebenen der Partei ein Anliegen. So werden wir im nächsten Halbjahr alle Sektionen besuchen und regelmässige Gespräche mit unserem Gemeinderat und unserer Gemeinderätin führen. Wir wissen, dass wir auf das Engagement von allen unseren Mitgliedern angewiesen sind, damit wir die Stadt Bern so gestalten können, dass alle gerne und gut hier leben. Es freut uns sehr, zusammen mit euch allen diese Aufgabe anzupacken.



Edith Siegenthaler
Co-Präsidentin
SP Stadt Bern
Stefan Jordi
Co-Präsident
SP Stadt Bern



Wo endet die Stadt? – In der Neubausiedlung Hardegg verliert sich die Grenze zwischen Bern und der Nachbargemeinde Köniz.

Könizer Wahlen – spannend wie noch nie!

Seit der amtierende Gemeindepräsident Luc Mentha (SP) letzten Herbst bekannt gab, bei den Wahlen 2013 nicht mehr anzutreten, ist klar: Diese Wahlen werden vom Kampf ums Gemeindepräsidium geprägt sein. Die SP steigt mit Hugo Staub ins Rennen. Ziel sind aber auch die Verteidigung der zwei SP-Gemeinderatssitze und Sitzgewinne im Parlament.

Die SP verteidigt das Gemeindepräsidium

Seit 25 Jahren wird Köniz von einem SP-Gemeindepräsidenten geführt. In dieser Zeit hat sich Köniz zu einer attraktiven Gemeinde mit hoher Lebensqualität entwickelt. Keine Frage, dass die SP Köniz dieses Amt verteidigen will. Die Chancen sind intakt, denn Gründe für eine bürgerliche Wende gibt es keine und mit Hugo Staub verfügt die Partei über einen ausgezeichneten Kandidaten. Die SP Köniz hat ihn an der Hauptversammlung im März einstimmig nominiert.

Eine starke Kandidatur

Hugo hat die Fähigkeit, eine Gemeinde mit über 40000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu führen. Als langjähriges Kadermitglied der Stadt Bern verfügt er über ausgezeichnete Kenntnisse verwaltungstechnischer Abläufe und Organisationsprinzipien und ein grosses

Netzwerk in der Region. Für schwierige Projekte findet er breit abgestützte Lösungen. Hugo Staub ist in Köniz aufgewachsen und mit der Gemeinde sehr verbunden. Er ist seit elf Jahren im Parlament und seit sieben Jahren Fraktionspräsident.

Hugo will «Köniz bewahren und für die Zukunft gestalten – für alle statt für wenige». In enger Zusammenarbeit mit Gemeinderat und Parlament und in direktem Kontakt mit der Bevölkerung will er die erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung der Gemeinde fortführen. Er bewegt sich gerne im Spannungsfeld von Tatsachen und Visionen. «Wenn man die Kräfte von Fakten und Visionen vereint, kann man begeistern, Leute ins Boot holen, rational entscheiden und gemeinsam vorwärts kommen.»

Seine Vision ist ein Köniz mit

- hoher Lebensqualität, attraktiven Standorten für Unternehmen,
- zukunftsorientierten, umweltfreundlichen Verkehrs- und Energielösungen,
- guten und allen zugänglichen Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsangeboten,
- attraktiven Dienstleistungen der Gemeinde und einer effizienten Verwaltung,
- einer engen regionalen Zusammenarbeit und
- gesunden Finanzen mit einer vernünftigen Steuerpolitik.

Nur einer garantiert Kontinuität

Hugo wird mit frischem Wind und neuen Ideen den Erfolgskurs seiner Vorgänger fortsetzen und tritt nicht als «Übergangspräsident» an. Sowohl Rita Haudenschild (Grüne Köniz) als auch Ueli Studer (SVP) sind bereits acht Jahre im Amt. Beide könnten das Präsidium wegen der geltenden Amtszeitbeschränkung nur vier

«Hugo will Köniz bewahren und für die Zukunft gestalten – für alle statt für wenige.»

Jahre ausüben. Damit ist Hugo der einzige Kandidat mit einer Perspektive von mehr als einer Legislatur. Dies erlaubt mehr Kontinuität und die Umsetzung von längerfristigen Vorhaben. Ein Vorteil für Köniz!

Darum geht es auch noch

Katrin Sedlmayer (SP) steht für weitere vier Jahre als Gemeinderätin zur Verfügung. Es geht 2013 auch um ihre Wiederwahl und darum, zusammen mit Rita Haudenschild die rot-grüne Mehrheit in der Exekutive zu verteidigen. Im Parlament sollen, gemeinsam mit den JUSO, die bei den letzten Wahlen verlorenen zwei Sitze wettgemacht werden. Keine einfache, aber eine lösbare Aufgabe. Der zu erwartende Zusammenschluss von SVP, BDP und FDP macht die Wahlen für die SP zu einer grossen Herausforderung.

Darum: Mobilisierung ist wichtig, in den eigenen Reihen – und darüber hinaus! Die energiegeladene Hauptversammlung mit der Nomination von Hugo Staub stimmt da schon mal zuversichtlich.



Hugo Staub ist 54 Jahre alt. Er wohnt im Liebefeld und arbeitet als Verkehrsplaner bei der Stadt Bern. Seit elf Jahren ist er im Parlament, davon sieben als Fraktionspräsident.



Christoph Salzmann
Präsident SP Köniz



Die autofreie Genossenschaftssiedlung Oberfeld in Ostermundigen.

Neue Wege aus der Wohnungsnot

Der Wohnungsmarkt ist und bleibt angespannt. Eine städtische Initiative zeigt Wege auf, wie durch die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus neuer preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden kann. Derweil ist auf dem Oberfeld in Ostermundigen eine nachhaltige Genossenschaftssiedlung im Entstehen, die Vorzeigecharakter für künftige Wohnbauprojekte haben wird.

Zurzeit befindet sich der für die Mietzinse relevante Referenzzinssatz auf rekordtiefem Niveau von 2.25 Prozent. Da würde man eigentlich erwarten, dass die Mietzinse stetig sinken würden, doch vielerorts ist das Gegenteil der Fall. Grund dafür ist die seit Jahren angespannte Lage auf dem Mietwohnungsmarkt. Die Leerwohnungsziffer in der Stadt Bern etwa ist und bleibt weit unter einem Prozent. Dass Bern noch nicht aus der Mietzinsspirale herausgefunden hat und der Wohnungsmarkt trotz intensiven Bemühungen für neuen Wohnraum anhaltend angespannt ist, hat neben der grossen Nachfrage auch mit der Struktur des Wohnungsmarktes zu tun: In Bern haben wir einen vergleichsweise tiefen Anteil an gemeinnützigen Wohnbauträgern von 10 Prozent. In Biel etwa liegt der Genossenschaftsanteil bei rund 15, in Zürich gar bei 20 Prozent.

Gemeinnützige Wohnbauträger sind Garanten für langfristig gesicherten preisgünstigen Wohnraum. Sie kalkulieren die Mietzinse auf der Basis der Kostenmiete und nicht nach dem Gewinnprinzip. Das heisst, dass die Überschüsse nicht zu den Geldgebern abfliessen, sondern in den Genossenschaften bleiben. Damit sind diese Wohnungen der Spekulation entzogen. Das wirkt sich positiv auf die Nettomiete aus: Durchschnittlich bieten die Genossenschaften ihre Wohnungen rund 20 Prozent billiger an. Genossenschaften sind also jene Investoren, die preisgünstigen Wohnraum für den Mittel-

stand und Familien anbieten. Sie richten ihre Investitions- und Vermietungspolitik auf den langfristigen Mieternutzen aus und sorgen so dafür, dass der heute neu erstellte Wohnraum der preisgünstige der Zukunft ist. Zudem tragen sie durch Massnahmen wie Belegungsquoten dazu bei, dass der seit Jahren wachsende Flächenkonsum pro Kopf etwas gebremst wird.

«Gemeinnützige Wohnbauträger sind Garanten für langfristig gesicherten preisgünstigen Wohnraum.»

Letzten Herbst wurde die städtische Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» eingereicht. Die breit abgestützte Initiative nimmt brennende Themen wie Wohnungsnot und steigende Mieten auf und gibt eine Antwort darauf, wie Spekulationsgewinnen, Wohnungsknappheit und Zersiedelung entgegenzuwirken ist. Künftig soll in allen Stadtteilen langfristig genügend preisgünstiger und qualitativ hochwertiger Wohnraum zur Verfügung stehen. Dafür wer-

den der Zweckartikel der Bauordnung geändert und zwei neue Instrumente eingeführt: Zum einen werden mit verbindlichen Anteilen für preisgünstigen Wohnraum Vorgaben bei Um- und Neueinzonungen von Arealen als Bauland gemacht und zum andern schafft die Initiative Nutzungsanreize bei Um- und Ersatzneubauten von bestehenden Gebäuden.

Genossenschaften bieten jedoch nicht nur preisgünstige Wohnungen an, sondern sind oft auch innovative Wohnbauträger, die auf neue Wohnformen setzen. Ein Beispiel dafür ist die autofreie Siedlung, welche auf dem Oberfeld in Ostermundigen im Entstehen ist. Nach der Siedlung Burgunder im Westen Berns soll dies die zweite autofreie Siedlung im Raum Bern werden. Autofrei heisst in diesen Siedlungen, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner vertraglich dazu verpflichten, auf ein Auto zu verzichten. Es ist also mehr als eine Siedlung, in der keine Autos quer hindurch fahren, am Rande oder in der Einstellhalle jedoch sehr wohl Parkplätze vorhanden sind. Anstelle von Parkplätzen sollen rund 400 Veloabstellplätze, einige wenige Besucherparkplätze sowie einige Stellplätze für Autos im Car-Sharing entstehen. Die Siedlung ist optimal an den öffentlichen Verkehr angeschlossen und in nächster Umgebung sind Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf vorhanden. Damit entsteht eine nachhaltige Siedlung der kurzen Wege und der umweltfreundlichen Mobilität, die für Familien mit Kindern ebenso attraktiv ist wie für selbstbestimmtes Wohnen im Alter.

Mehr Infos: www.wohnenimoberfeld.ch

Am Freitag, 14. Juni, um 17.30 Uhr besteht die Möglichkeit einer Baustellenbesichtigung. Diese wird von den «Wohnbaugenossenschaften Bern-Solothurn» organisiert. Treffpunkt: Oberfeld Ostermundigen. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Siehe: www.wbg-beso.ch/bern/agenda



Evi Allemann
Nationalrätin,
Präsidentin MieterInnenverband
Kanton Bern

Parteitag Region Bern vom 3. April

Christoph Lerch für die Regierungsstatthalterwahlen nominiert

Am regionalen Parteitag vom 3. April haben die Delegierten Regierungsstatthalter Christoph Lerch mit grossem Mehr als Kandidaten für die Regierungsstatthalterwahlen vom 9. Juni 2013 nominiert.

In der nächsten Ausgabe des Regiolinks wird Christoph Lerch in einem Interview von seiner Arbeit berichten und seine Ziele für die nächsten vier Jahre vorstellen.



TERMINE

Nominations-Versammlung der SP Kőniz

Donnerstag, 25. April, 19.30 Uhr
Gemeindehaus, Landorfstrasse 1,
3098 Kőniz

Nomination der Kandidierenden für die
Gemeinderats- und Parlamentsliste

Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern

Montag, 6. Mai, 19 Uhr
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern
Parolenfassung zu den Abstimmungen
vom 9.6.2013:

■ Kita-Betreuungsreglement und Volks-
vorschlag

■ Änderung der Bauordnung (Schutz
von Wohnraum)

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland
und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61,
Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90,
bern@spbe.ch
www.spmittelland.ch, www.spbern.ch

Redaktion: Marieke Kruit, Christa Luginbühl,
Ursula Marti, Christoph Salzman, Michael Sutter

SCHULREGLEMENTSÄNDERUNG:

Keine Basisstufe in Zollikofen?

Das junge Kind hat das Bedürfnis nach vertrauten Strukturen, zuverlässigen Bezugspersonen, einem Tagesablauf, der einem klaren Muster folgt, auf das es sich verlassen kann. Der Kindergartenalltag sieht oft anders aus. Verschiedene Fachpersonen kommen unregelmässig in den Unterricht. Die Gspänli sind einmal da, dann nicht. Entwickelt sich ein Kind «auffällig», werden Abklärungen auf der Erziehungsberatung (EB) nötig: zurückstellen, überspringen oder das erste Schuljahr in zwei Jahren absolvieren? In ihrer heutigen Ausprägung sind diese Massnahmen vielerorts zur Belastung geworden, gerade auch für das Kind.

Liesse sich das verbessern, z.B. mit der Basisstufe? Lehrpersonen begleiten das Kind über vier Jahre, sie lernen es kennen, können es besser einschätzen, Abklärungen auf der EB

fallen weg. Zum Zweierteam der Lehrpersonen kommen nur wenige Speziallehrkräfte dazu. Das Vieraugenprinzip dient dem Kind, entlastet aber auch die Lehrpersonen.

Glücklich die Gemeinde, die seriös abklärt, zu welchem Preis welche Schulentwicklung möglich ist. Ausgerechnet in meiner Wohngemeinde sollen diese Fragen mit einer unnötigen Reglementsänderung verhindert werden. Gegen dieses Denkverbot haben wir erfolgreich das Referendum ergiffen.



Eva Baltensperger
Grossrätin und Co-Präsidentin
des Referendumskomitees



Erfolgreiche Gemeindepräsidentin

Erst seit 2008 hat das 10000 Einwohner zählende Münchenbuchsee ein vollamtliches Gemeindepräsidium. Und zur Bestätigung der Bedeutung der Linken in der Berner Vorortsgemeinde wurde Ende 2007 gleich eine SP-Frau ins Amt gewählt. Ganz offensichtlich hat sich Elsbeth Maring-Walther (Jg. 1955) als erfolgreiche Gemeindepräsidentin bewährt, denn letztes Jahr wurde sie in stiller Wahl, also ohne Gegenkandidatur, für eine zweite Amtszeit bestätigt.

Buchsi ist auf Kurs; einige wichtige Pflöcke konnte die Gemeinde mit Elsbeth als Präsidentin einschlagen. So wurde in ihrer Amtszeit die Ortsplanungsrevision, aufgeteilt in drei Pakete, an der Urne angenommen. Buchsi kann weiter wachsen und Wohnraum schaffen. Etwa auf dem Kästliareal beim Bahnhof oder im Riedli-

Quartier. Im Riedli wird zudem der bestehende Wärmeverbund ausgedehnt, u. a. auf die neue Überbauung – eine Bestätigung Buchsis für das Energie-Stadt-Label. Herausforderungen sind ebenfalls zu nennen, beispielsweise der knappe Schulraum, der Erweiterungsprojekte nötig macht, sowie Lösungen für das Altersheim und Wohnformen im Alter.

Elsbeth sieht sich als Gemeindepräsidentin nicht nur der SP, sondern aller Menschen in Buchsi. So engagiert sie sich sehr für das geografisch vom Rest der Gemeinde entfernt liegende Allmend-Quartier, wo viele Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischem Hintergrund leben. Gleichermassen bemüht sie sich zugunsten der KMU und der Arbeitsplätze um attraktive Wirtschaftsbedingungen.

Georg Farago